

# Der Inflation Reduction Act: Impuls für die deutsche und europäische Industriepolitik

## I. Zusammenfassung

Der US-amerikanische Inflation Reduction Act (IRA) hat die industriepolitische Debatte in Deutschland und in Europa aufgemischt. Vielfach wird das US-Gesetz entweder als Allheilmittel für die Wende zur Klimaneutralität oder als Todesstoß für die europäische Industrie gesehen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten zeigt sich, dass die Situation komplexer ist. Die möglichen Auswirkungen des IRA auf die europäische und insbesondere die deutsche Industrie sind jedoch erheblich.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei meist das enorme Finanzvolumen des IRA. Er wirft aber über den finanziellen Aspekt hinaus wichtige strukturelle Fragen auf: Die USA und die Europäische Union (EU) haben grundsätzlich unterschiedliche Fördersysteme. Wie soll die Finanzierung der Transformation hierzulande zukünftig gestaltet werden? Der IRA sieht auch Instrumente vor, um neue Staatseinnahmen zu generieren. Was kann man daraus für die Transformation in Deutschland und Europa lernen? Der IRA zeigt erste Erfolge dort, wo "good jobs", also gut bezahlte Arbeitsplätze, Voraussetzung für Fördermittel sind. Die deutsche und europäische Mitbestimmung ist strukturell besser verankert als die Gewerkschaften in den USA. Wie kann dies für eine sozial gerechte Transformation genutzt werden?

Der IRA zeigt: Die Industrietransformation lässt sich mit Geld und Anreizen gestalten. Der von der neuen EU-Kommission angekündigte "Clean Industrial Deal" muss auf den IRA reagieren und die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie in Europa durch Finanzierung und Regulierung unterstützen. Ein europäischer Transformationsfonds sollte gezielt die Branchen fördern, die schnell hohe Treibhausgaseinsparungen erzielen können. Doch Geld allein macht nicht glücklich: Der IRA kombiniert erfolgreich finanzielle Anreize mit Regulierung. Außerdem zeigt sich: Bedingungen für Gute Arbeit wirken sich positiv auf die Qualität neuer Arbeitsplätze aus, das muss auch in der EU und in Deutschland Standard werden.

## Der IRA und die EU-Reaktion

Der IRA wurde im August 2022 vom US-Kongress verabschiedet und ist Teil der "Bidenomics", der Investitionsoffensive von Präsident Joe Biden. Zusammen mit dem Infrastructure Investment and Jobs Act (IIJA) und dem CHIPS and Science Act soll der IRA den klimaneutralen Umbau der US-Wirtschaft vorantreiben, die Energiepreise senken und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Ziel ist es, die heimische Wirtschaft zu stärken und die Importabhängigkeit, insbesondere von China, zu verringern. Sogenannte "local content"-Klauseln fördern gezielt US-Produzenten und schaffen neue Wertschöpfungsketten für grüne Produkte und Technologien in den USA.

Das finanzielle Volumen der Offensive ist mit geschätzten 2 Billionen US-Dollar (USD) über 10 Jahre enorm. Allein der IRA hat ein geschätztes Volumen von 370 Mrd. USD, wobei die tatsächlichen Kosten aufgrund der nicht gedeckelten Steuergutschriften schwer abzuschätzen sind. Die Förderung richtet sich sowohl an die Industrie als auch an private Verbraucher. Gefördert werden CO<sub>2</sub>-neutrale Stromerzeugung, Wasserstoffproduktion und Elektroautos. Für einige Förderungen müssen Rohstoffe und Komponenten aus den USA verwendet werden. Außerdem müssen Mindestlöhne und Ausbildungsquoten eingehalten werden, um "good jobs" zu fördern. Durch die Einführung eines Mindeststeuersatzes von 15 Prozent für Unternehmen und die Schließung von Steuerschlupflöchern schafft der IRA auch neue Staatseinnahmen. Auch Teile der Arzneimittelversorgung werden neu reguliert, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

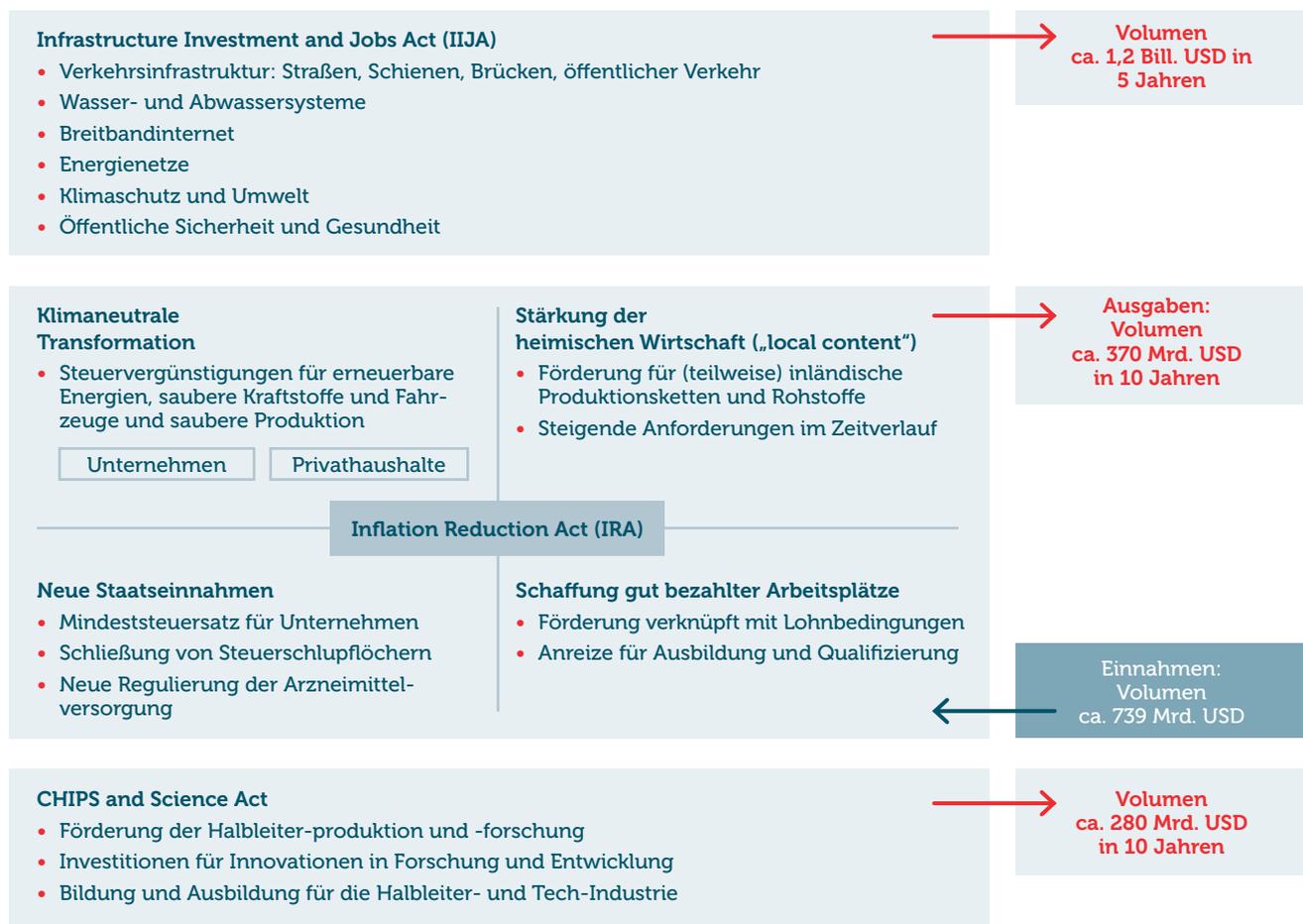


Abb. 1: Drei Säulen der „Bidenomics“ und ihr geschätztes Finanzvolumen. Quelle: <https://www.whitehouse.gov/>

Der IRA könnte erhebliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der USA haben. Durch die Förderung von CO<sub>2</sub>-neutralem Strom und Wasserstoff sollen die Kosten für energieintensive Industrien wie die chemische Industrie deutlich gesenkt werden. Ein günstiger Wasserstoffpreis soll die USA als Standort für energieintensive Unternehmen attraktiv machen. Massive Subventionen könnten zudem die Produktion von Batteriezellen deutlich erhöhen, so dass diese in den USA kostengünstiger hergestellt werden könnten. Dies soll zu mehr Unternehmensansiedlungen und einer Stärkung der industriellen Basis führen. Analysen der Investitionen in sogenannte "clean technologies" zeigen, dass diese in den USA seit Inkrafttreten des IRA deutlich stärker gestiegen sind als zuvor. Hier scheint der IRA zu wirken.

In der EU wird befürchtet, dass die US-Subventionen für grüne Technologien die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen beeinträchtigen und Investitionen in die USA verlagern. Als Reaktion wurde der "Net-Zero Industry Act (NZIA)" verabschiedet und die Subvention für grüne Technologien etwas erhöht. Der NZIA ist jedoch kein direktes Investitionsprogramm, sondern soll einen unterstützenden Rahmen für grüne Technologien schaffen.

## II. Herausforderungen

### Vergleichbarkeit der Maßnahmen: US- vs. EU-Systemlogik

Der IRA und die EU-Klimapolitik verfolgen grundsätzlich unterschiedliche Ansätze zur Förderung des grünen Wandels. Eine zentrale Frage ist die Ausgestaltung der Förderung. Der IRA setzt auf eine aktive Rolle des Staates und steuerliche Anreize, um die Klimaziele zu erreichen. Die EU hingegen nutzt den CO<sub>2</sub>-Preis als Hauptinstrument und setzt auf marktbasierende Lösungen. Die Rahmenbedingungen der EU sind primär auf den Binnenmarkt ausgerichtet. Das Beihilferecht soll einen fairen Wettbewerb innerhalb der EU sicherstellen, was langwierige Genehmigungsverfahren für Unternehmensförderungen zur Folge hat. Im Gegensatz dazu sind die direkten Unternehmensförderungen des IRA, wie z.B. Steuergutschriften, einfach und schnell wirksam. Allerdings läuft auch die Umsetzung des IRA nicht reibungslos, da noch Richtlinien fehlen und Unternehmen viele Ressourcen und juristisches Fachwissen benötigen, um von den Förderungen zu profitieren.

### Abhängigkeit der deutschen Industrie vom US-Markt

Die deutsche Industrie ist stark vom US-Markt abhängig. Die USA sind der wichtigste Absatzmarkt für die deutsche Industrie, fast 10 Prozent der Warenexporte gehen dorthin. Besonders betroffen sind Branchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Pharmaindustrie. Letztere hat den US-Markt als zentralen Exportmarkt etabliert, rund 16 Prozent der Wertschöpfung und 15 Prozent der Exporte in die USA stammen aus dieser Branche. Bei bestimmten Pharmaprodukten macht der US-Markt fast ein Viertel des deutschen Exportmarktes aus. Neue Regulierungen des IRA könnten diesen wichtigen Markt stark beeinflussen. Indirekte Handelsverflechtungen erhöhen die Abhängigkeit zusätzlich, da häufig Vorprodukte in die Wertschöpfungsketten einfließen. Ältere Schätzungen der OECD gehen davon aus, dass etwa 4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom US-Markt abhängen, was die Bedeutung der US-Handels- und Wirtschaftspolitik für die deutsche Industrie verdeutlicht.



Clean Investment Monitor



Tom Krebs (2023) |  
Industriepolitische Zeitenwende.  
Ein europäischer Inflation  
Reducation Act | FES diskurs



Bauermann, Tom | Stephan,  
Sabine | Watt, Andrew (2024) |  
Inflation reduction act: Gut fürs  
Klima, schlecht für Europa? |  
IMK Report | Düsseldorf

## **Investitionsentscheidungen: zeitkritisch und langfristig wirksam**

Die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie erfordert erhebliche Investitionen. Investitionsentscheidungen in große Industrieanlagen sind wichtige Weichenstellungen mit langfristigen Auswirkungen. Der jetzige Zeitpunkt ist industriepolitisch kritisch, da die Investitionen jetzt getätigt werden und die industriellen Strukturen für viele Jahre prägen. Mit Blick auf die Klimaziele für 2045 ist daher eine europäische Antwort auf den IRA kurzfristig erforderlich.

### **III. Lösungsansätze**

#### **Strategische Industriepolitik statt marktliberalem Paradigma**

Der IRA hat entscheidende Impulse für eine strategische Industriepolitik gegeben. Die deutsche und europäische Transformation sollte nicht nur auf marktliberale Instrumente wie den Emissionshandel (ETS) und den Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) setzen, sondern aktiv neue grüne Märkte gestalten. Der angekündigte "Clean Industrial Deal" der EU muss hier ansetzen. Industrieunternehmen brauchen eine mittelfristige Perspektive, um private Investitionen in Klimaneutralität zu stimulieren, zum Beispiel (auch) durch einfache und langfristige Steuerabschreibungen. Darüber hinaus müssen Regulierung und Investitionen kombiniert werden, um strategische Prioritäten für grüne Leitmärkte zu setzen. Ein wichtiger Hebel ist dabei die öffentliche Beschaffung, um nachhaltige Technologien und Produkte zu fördern. Dies erhöht nicht nur die Nachfrage, sondern generiert im besten Fall auch Einnahmen für den Staat, wodurch ein positiver Kreislauf für die Entwicklung grüner Märkte entsteht.

#### **Finanzierung sicherstellen und europäische Vorteile nutzen**

Das Finanzvolumen des IRA zieht viel Aufmerksamkeit auf sich, während Deutschland und die EU hier bisher hinterherhinken. Das politische Ziel ist formuliert: Erhalt und Stärkung der Industrien. Dazu können Standortvorteile wie gut ausgebildete Fachkräfte und vorhandene Infrastruktur gezielt genutzt werden. Diese Politik braucht einen finanziell ausreichend ausgestatteten Transformationsfonds, um strategische Bereiche gezielt zu fördern, die industrielle Basis zu stärken und die Industrie als Vorreiter für Nachhaltigkeit und Innovation zu positionieren.

Die finanziellen Spielräume sind innerhalb der EU sehr unterschiedlich, was die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedsländer einschränkt. Die EU hat jedoch mit dem Programm "Next Generation EU" Erfahrungen in der gemeinschaftlichen Finanzierung gesammelt und nach der Corona-Pandemie bis zu 750 Mrd. EUR an Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt. Im Verhältnis zum BIP war dies mehr, als der IRA bietet. Eine ähnliche Finanzierung wäre auch für einen Transformationsfonds notwendig. Zudem muss auf bundespolitischer Ebene die Finanzierung der Transformation sichergestellt werden, etwa durch einen ausreichend ausgestatteten Klima- und Transformationsfonds, eine Anpassung oder die Abschaffung der Schuldenbremse.

## Investition in gute Arbeitsbedingungen

Erste Erfahrungen mit dem IRA zeigen, wie "Gute Arbeit" durch strategische Industriepolitik gefördert werden kann. Investitionen sollten an Mindestlohn- und Ausbildungskriterien geknüpft werden. Deutschland und Europa können hier ihre traditionell starken Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsstrukturen nutzen. Die EU hat mit der Mindestlohnrichtlinie Standards für Entlohnung und Tarifbindung gesetzt, die auch in der Industriepolitik berücksichtigt werden sollten. Subventionen sollten daran geknüpft werden, dass Unternehmen Tarifverträge einhalten, in die Ausbildung ihrer Beschäftigten investieren und deren Mitbestimmung gewährleisten. So kann die europäische Industriepolitik nicht nur einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten, sondern auch für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität sorgen. Die Förderung guter Arbeitsbedingungen ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig hohe soziale Standards zu sichern.



Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.) (2024): Rechtliche Zulässigkeit einer Verknüpfung staatlicher Zuwendungen mit sozialen Vorgaben | Kurzbewertung | Berlin.

---

## Was macht die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE?

Als gemeinnützige Stiftung machen wir Forschung an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit, Transformation und Guter Arbeit immer aus der Perspektive und im Sinne der Beschäftigten. Im Schwerpunkt *Transformation der Industrie, Energie-, Klima- und Strukturpolitik* beschäftigen wir uns mit den notwendigen Rahmenbedingungen für eine Industriepolitik der Zukunft.

---



**JETZT ZUM  
NEWSLETTER  
ANMELDEN!**



Bitte zitieren als:

Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE (2024): Der Inflation Reduction Act: Impuls für die deutsche und europäische Industriepolitik. Berlin.